

Gold, Robert

Article

Populismus: Herausforderung für Ökonomik und Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gold, Robert (2026) : Populismus: Herausforderung für Ökonomik und Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Paradigm Publishing Services, Warsaw, Vol. 106, Iss. 1, pp. 8-12,
<https://doi.org/10.2478/wd-2026-0006>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/336146>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Robert Gold

Populismus: Herausforderung für Ökonomik und Wirtschaftspolitik

Inwieweit lassen sich die wachsenden Zustimmungswerte für populistische Parteien durch ökonomische Ursachen erklären? Wichtige Faktoren sind die wahrgenommene Ungleichheit und empfundene Abstiegsängste. Die allgemeine und individuelle wirtschaftliche Lage werden subjektiv oft als schlechter eingeschätzt, als sie sich objektiv darstellen. Populistische Parteien verstärken individuelle Ängste, emotionalisieren Debatten und stellen wissenschaftliche Erkenntnisse infrage. Wirtschaftspolitik kann dem entgegenwirken, indem sie Strukturwandel aktiv begleitet, um Entwicklungsperspektiven für benachteiligte Berufsgruppen und Regionen zu stärken. Die Wirtschaftswissenschaften können zu einer Versachlichung politischer Debatten beitragen, indem sie Wirkungen ökonomischer Prozesse und wirtschaftspolitischer Maßnahmen allgemeinverständlich erläutern und dabei helfen, Fakten von Meinungen zu unterscheiden.

Warum beschäftigen sich die Wirtschaftswissenschaften überhaupt mit Populismus? Das Thema schien bei Politikwissenschaft und Soziologie doch sehr gut aufgehoben. Die simple Antwort lautet (nicht nur im übertragenen Sinne): Donald Trump. Seine erste Amtszeit – zusammen mit dem Brexit-Referendum – löste einen Forschungsboom zu den ökonomischen Ursachen des Populismus aus (Guriev & Papaioannou, 2022). Seine zweite Amtszeit führt tagtäglich die Konsequenzen einer Wirtschaftspolitik vor Augen, die sich – statistische Fakten und wissenschaftliche Erkenntnisse ignorierend – an einer populistischen Freund-Feind-Unterscheidung orientiert und die kurzfristige Befriedigung des eigenen Klientels über langfristige Wohlfahrtssteigerungen stellt. Daraus ergibt sich die Frage nach wirksamen Gegenmaßnahmen.

Simple Antworten auf komplexe Fragestellungen sind aber gerade der Kern des Problems. Im Zentrum der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung zum Populismus steht nicht so sehr das Interesse am Phänomen Trump – oder an einzelnen Parteien oder Kandidat:innen. Es geht vielmehr um die Frage, warum größere Bevölkerungsgruppen Politiken unterstützen, die ihren eigenen Interessen vordergründig zuwiderlaufen. Die Antwort darauf hat nicht nur Auswirkungen auf die Validität politökonomischer Modelle – sondern auch Implikationen für die Zu-

kunftsfähigkeit liberaldemokratischer Systeme. Als sich die Brit:innen mehrheitlich für den Austritt aus der EU entschieden: Taten sie dies unter sorgfältiger Abwägung des Für und Wider, und nahmen die ökonomischen Kosten bewusst in Kauf für einen Zugewinn an nationaler Souveränität? Das wäre theoriekonform und spräche gegen wirtschaftspolitische Interventionen. Waren sie schlecht informiert, fehlgeleitet oder schätzten Kosten und Nutzen falsch ein? Das spräche dafür, die „Medianwähler“ durch geeignete Politikmaßnahmen in die Lage zu versetzen, künftig bessere Entscheidungen zu treffen.

Dieser Artikel diskutiert aktuelle Forschungsergebnisse zu den Ursachen und Auswirkungen des anhaltenden Erfolges populistischer Parteien in nahezu allen westlichen Demokratien. Der Fokus liegt auf Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Entwicklungen und Populismus. Auf dieser Basis werden Ansatzpunkte für wirtschaftspolitische Interventionen erörtert, die dem Trend zum Populismus entgegenwirken können. Besondere Beachtung findet hierbei die Rolle der Wirtschaftswissenschaften – einerseits bei der Analyse des Zusammenhangs von ökonomischer und politischer Entwicklung, andererseits als Vermittler zur Bewertung ökonomischer Sachverhalte durch die Wähler:innen.

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Dr. Robert Gold forscht am Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) zur Politischen Ökonomie der Globalisierung und des technologischen Wandels.

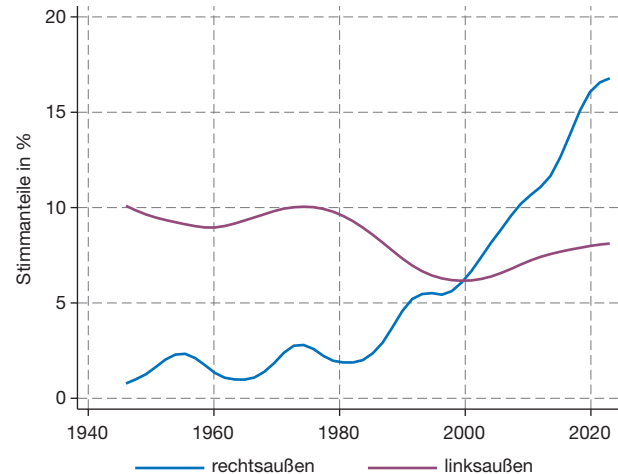
Ökonomische Fragen zum Populismus

Populismus war für lange Zeit ein Sparten Thema der Entwicklungsökonomik. Vor allem der Linkspopulismus lateinamerikanischer Prägung wurde als Entwicklungshemmnis gesehen. In langfristiger Betrachtung weisen Funke et al. (2023) nach, dass rechts- wie linkspopulistische Regierungen dazu führen, dass betroffene Volkswirtschaften hinter ihren Wachstumspotenzialen zurückbleiben. Neben den direkten ökonomischen Kosten befördern populistische Regierungen Klientelismus und Korruption, und arbeiten an der Unterminierung demokratischer Institutionen. In Europa wie in den USA beobachten wir eine Tendenz populistischer Regierungen zur Autokratisierung. Damit einher geht eine Erosion der regelbasierten internationalen Ordnung, welche die Lösung globaler Probleme zunehmend erschwert.

Der derzeitige Erfolg des Populismus in westlichen Demokratien ist fast ausschließlich von Parteien des „rechten“, national orientierten Politikspektrums getragen, wie Abbildung 1 veranschaulicht. Dabei ist Ungleichheit als wichtiger Faktor bei der Unterstützung populistischer Parteien belegt (Rodríguez-Pose et al., 2023). Menschen mit geringer Qualifikation und schlechten Aufstiegschancen wählen häufiger populistische Parteien – aber warum stimmen sie nicht für linke Parteien, die Umverteilung versprechen? Ein Grund liegt in psychologischen Faktoren. Abstiegsängste sind häufig bedeutsamer für die Wahlentscheidung als konkret erfahrene soziale Härten. Auch wenn solche Ängste objektiv betrachtet übersteigert wirken mögen, sind sie für die Betroffenen doch real – und nicht einfach durch Transferzahlungen zu kompensieren. Außerdem spielen Fairnessvorstellungen eine wichtige Rolle. Wer zu der Überzeugung gelangt ist, Demokratie und Marktwirtschaft bevorzugten grundsätzlich die anderen, bei dem fällt die rechtspopulistische Unterstellung, eine international orientierte politische Elite habe sich gegen die nationalen Interessen verschworen, auf eher fruchtbaren Boden.

Tatsächlich ist der Erfolg des Populismus auch ein beachtlicher Erfolg politischer Kampagnen zur Mobilisierung der Unzufriedenen. Mit offensiven Wahlkampfstrategien und durch Nutzung moderner Kommunikationsmittel konnten auch solche Bürger:innen erreicht werden, die Wahlen sonst eher fernblieben. Dabei hilft ein loser Umgang mit Fakten, der es ermöglicht, Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen zu konstruieren, auch ohne überprüfbare Belege. So werden reale wirtschaftliche Härten verknüpft mit Migrationsdebatten, Identitätsfragen und diffusen Ängsten vor Status- und Kontrollverlust. Häufig mündet die Argumentation in Vorwürfe gegen etablierte Parteien

Abbildung 1
Unterstützung für Randparteien in Europa



Basis der Darstellung sind Wahlergebnisse bei nationalen Wahlen für Parteien des rechten und linken Randes in 31 europäischen Ländern.

Quelle: Timbro (2024), eigene Darstellung.

und Institutionen, das „einfache Volk“ zu verraten. Inhaltliche Debatten werden emotionalisiert und polarisiert, um abweichende Meinungen als illegitim zu diskreditieren. Das betrifft auch wissenschaftliche Expertise, der ihre Neutralität abgesprochen wird, was die Glaubwürdigkeit von Wissenschaftler:innen bei der populistischen Basis unterminiert.

Geht es also doch mehr um Psychologie und Kulturkampf als um Ökonomie? Nicht unbedingt. Tabelle 1 wirft einen Blick auf die Motive der US-Bürger:innen, Herrn Trump eine zweite Amtszeit zu gewähren. In Nachwahlbefragungen gaben rund ein Drittel der Wähler:innen an, Sorge um die Demokratie sei das wichtigste Motiv für ihre Wahlentscheidung gewesen. Zu 80 % stimmten sie für Kamala Harris. In guter Tradition nannte ein weiteres Drittel „the economy“ als wahlentscheidendes Thema. Zu 81 % stimmten sie für Donald Trump. Rund die Hälfte der Befragten gab an, es gehe ihnen finanziell schlechter als bei der letzten Wahl, wobei Inflation eine große Rolle spielte. 82 % von ihnen stimmten für den republikanischen Kandidaten. Ein Drittel der Befragten sah die Wirtschaft in schlechter Verfassung. Ihre Stimmen gingen zu 88 % an den aktuellen Präsidenten Trump.

Das wirft zwei Fragen auf: *Erstens*, warum stimmten diejenigen, die sich um die ökonomische Entwicklung sorgten, mit so großer Mehrheit für das erratische wirtschaftspolitische Konzept der Republikaner und *zweitens*, warum waren überhaupt so viele Menschen der Meinung, die

Tabelle 1

Nachwahlbefragungen US-Präsidentschaftswahl 2024

Zustimmung zu Aussage	Anteil der Befragten	davon Trump-Wähler
Wahlentscheidend: Sorge um Demokratie	34%	18%
Wahlentscheidend: Wirtschaft	32%	81%
Finanzielle Situation ist schlechter als vor 4 Jahren	47%	82%
Inflation hat Familie in ernste Bedrängnis gebracht	22%	76%
US-Ökonomie ist in schlechter Verfassung	33%	88%
Wohnt in ländlicher Region	19%	64%

Die Tabelle zeigt ausgewählte Ergebnisse einer Befragung von 22.966 Wähler:innen nach der Präsidentschaftswahl in den USA 2024.

Quelle: CNN (2024), eigene Darstellung.

ökonomische Entwicklung sei schlecht? Zum Wahlzeitpunkt im November 2024 sah der ökonomische Ausblick für die USA von außen betrachtet doch recht positiv aus.

Offenbar spielen bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage durch Wähler:innen rationale, emotionale und irrationale Gesichtspunkte auf eine Art und Weise zusammen, die in politökonomischen Modellen noch zu wenig Berücksichtigung finden. Umgekehrt verkennt aber auch der objektive Blick auf makroökonomische Rahmendaten die subjektive Betroffenheit von ökonomischen Transformationsprozessen, die reale Nutzeneinbußen auf Seiten der Wähler:innen verursacht. Exemplarisch hierfür steht „Inflation“ als eines der wahlentscheidenden Themen. Aus der Außensicht schienen die USA mit einer Inflationsrate von unter 3 % über den Berg. Für die Haushalte bedeutete das aber immer noch steigende Preise. Hier stand die Expertenbewertung einer sich entspannenden Lage im Widerspruch zur alltäglichen Wahrnehmung der betroffenen Bürger:innen. Es verfestigte sich das Bild einer ökonomischen Krise: Aufgrund realer Einschränkungen der Kaufkraft, doch auch durch Überbewertung der Krisensymptome und durch gezielte Zuspitzung im Wahlkampf. Das erklärt immer noch nicht, warum so viele Menschen Donald Trumps wirtschaftspolitischen „Konzept“ den Vorzug gaben. Klar ist nur, dass die Demokraten mit ihrem Programm nicht zu den Wähler:innen durchdrangen – und dass die Welt nun mit den Konsequenzen zu leben hat.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ökonomische Fragen nach wie vor ein entscheidender Faktor bei der Wahlentscheidung sind, und dass ökonomische Unsicherheit und Frustration den Populismus befeuern. Es sind aber nicht allein die objektiven „Verlierer:innen“ des

wirtschaftlichen Wandels, die zum Populismus tendieren. Gerade die subjektiven Ängste vor Status- und Wohlstandsverlust haben in den letzten Jahren zu einer Verbreiterung der Wähler:innenbasis populistischer Parteien beigetragen, bis tief hinein in die Mittelschicht. Solche Ängste werden durch populistische Kampagnen bewusst geschürt, die einen Kontrollverlust nationaler Regierungen über internationale Entwicklungen suggerieren und Verteilungskonflikte zwischen den hart arbeitenden Durchschnittsbürger:innen und unberechtigten Nutznießern unterstellen und befeuern. Diesen Zusammenhang zwischen objektiven Ursachen, subjektiven Bewertungen und emotionalen Steigerungen gilt es zu berücksichtigen, wenn es um ökonomische Antworten auf den Populismus – und deren Umsetzung in wirtschaftspolitische Maßnahmen – geht.

Einige ökonomische Antworten

Im Kern fußen die ökonomischen Ursachen des Populismus auf Ungleichheit. Objektiv sind die Vorteile wirtschaftlichen Wachstums zwischen Personengruppen ungleich verteilt. Selbst wer Reallohnzuwächse erzielt, kann mit der Entwicklung unzufrieden sein, wenn die Nachbarn höhere Wohlstandszuwächse erlangen – man kann es Neid nennen oder Ungleichheitsaversion. Eigentlich sind wohlfahrtsstaatliche Institutionen dafür gedacht, solche Ungleichheiten abzumildern, um die Zustimmung zur Marktwirtschaft auf eine breite Basis zu stellen. Offensichtlich gelingt das nur unvollständig; schließlich sind auch in Volkswirtschaften mit ausgeprägtem Wohlfahrtsstaat Populisten im Aufwind. Sicher ist, dass Wohlfahrtskürzungen zum Erfolg des Brexit-Referendums beigetragen haben (Fetzer, 2019). Es gibt darüber hinaus Indikationen, dass soziale Sicherungssysteme den Aufstieg des Populismus im internationalen Vergleich ausbremsen (Adam & Ftergioti, 2025).

Umverteilung allein reicht offenbar nicht aus, eine breite Mehrheit für die demokratische Marktwirtschaft zu sichern. Ein Grund liegt darin, dass wirtschaftlicher Wandel nicht bloß materielle Ungleichheiten verursacht – er führt zu Ungleichheiten in Aufstiegschancen und Entwicklungsperspektiven. Hinzu kommt, dass diese Ungleichheiten vor allem dann als unfair empfunden werden, wenn sie sich der eigenen Kontrolle (oder der der eigenen Regierung) entziehen (Rodrik, 2018). Umfangreich erforscht ist dies für den Strukturwandel, der durch Globalisierung und technologischen Fortschritt verursacht wird. Internationale Arbeitsteilung und Automatisierung haben maßgeblich zum Wohlstandswachstum westlicher Demokratien beigetragen. Gerade die unteren Einkommensschichten haben erheblich von sinkenden Konsumentenpreisen profitiert. Gleichzeitig kam es zu Arbeits-

platzverlagerungen, die vor allem Geringqualifizierte mit Routinetätigkeiten betrafen (Autor et al., 2013). Im Gegenzug entstanden neue, sichere und gut bezahlte Jobs, die aber häufig andere Qualifikationen erforderten (Dauth et al., 2014). Die benachteiligten Personengruppen hatten also nicht bloß materielle Einbußen (relativ zu anderen) – ihre berufliche Perspektive ging verloren. Auch weiterhin sorgt technologischer Wandel, beispielsweise der Einsatz künstlicher Intelligenz, für Unsicherheit über zukünftige Karrierechancen, die manche Qualifikationsgruppen stärker betrifft als andere.

Vor- und Nachteile des Strukturwandels unterscheiden sich aber nicht nur zwischen Sektoren und Berufsgruppen – sie verschärfen auch regionale Ungleichheit. Gute Jobs für Hochqualifizierte entstehen tendenziell in den urbanen Zentren, während periphere Regionen mit Deindustrialisierung, dem Fortzug vor allem der jüngeren Bevölkerung und folglich mit Überalterung und wirtschaftlicher Stagnation zu kämpfen haben. Gerade in solchen Regionen war und ist Donald Trump außerordentlich erfolgreich (Autor et al., 2020). Auch in Europa sind die strukturschwachen Regionen Hochburgen populistischer Parteien (Dippel et al., 2020). Hier kulminieren nachfrage- und angebotsseitige Erklärungen für den Aufstieg des Populismus sowie ökonomische, psychologische und kulturelle Einflüsse. Auf Seiten der Wähler:innen wächst die Nachfrage nach Politiken, die ökonomische Ungleichheiten verringern. Diese wird emotional aufgeladen durch Fairnessvorstellungen. Angebotsseitig liefern populistische Parteien eine einfache Erklärung für die strukturellen Probleme: Eine urbane, liberale, internationale Elite habe sich verschworen, um die Lebensart benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu unterdrücken. Hier werden die ökonomischen Ursachen des Populismus politisch: Manche Wähler:innen sehen nicht nur ihre wirtschaftlichen Interessen nicht berücksichtigt – sie sehen sich in ihrer Identität durch das demokratische System nicht mehr repräsentiert.

Um diese Wähler:innen für die marktwirtschaftliche Demokratie zurückzugewinnen, scheint es wichtig, nicht nur Wohlstand umzuverteilen. Viel bedeutsamer ist es, Entwicklungsperspektiven für Menschen und Regionen zu schaffen, die im Strukturwandel das Nachsehen haben. Gold und Lehr (2024) zeigen, dass Investitionen in entwicklungsschwache Regionen eine solche Wirkung haben können. EU-Förderung der Regionalentwicklung reduziert die Unterstützung populistischer Parteien bei Europawahlen. Interessanterweise scheint der Effekt vor allem darauf zu basieren, dass die Bürger:innen in den geförderten Regionen ihr Vertrauen in die demokratischen Institutionen zurückgewinnen. Sie scheinen zu

honorieren, dass sich die große Politik um ihre individuellen Belange kümmert.

Entsprechend wichtig scheint es, strukturellen Wandel politisch zu begleiten. Eine Kernerkenntnis aus der Literatur zum „China-Schock“, d.h. zum rapiden Aufstieg Chinas als Exportmacht, ist nicht so sehr, dass es zu Arbeitsmarktanpassungen und Jobverlagerungen kam. Sie offenbart vielmehr, wie gering die Mobilität von Arbeitskräften kurzfristig ist, und wie schwer es vielen fällt, die Qualifikationsschranke zu den neu entstandenen Jobs zu durchbrechen. Die ökonomische Antwort lautet hier, frühzeitig und stetig in die Weiterbildung von Beschäftigten zu investieren, vor allem in vom Strukturwandel negativ betroffenen Sektoren. Das Ziel sollte sein, die Arbeitskräfte auf breiterer Basis zu befähigen, von neu entstehenden Jobs in Wachstumsbranchen zu profitieren.

Es ist davon auszugehen, dass Strukturwandel und demografische Entwicklung den Trend zur Urbanisierung weiter verstärken werden. Periphere Regionen werden dadurch weiter abgehängt. Mit den Jobverlusten einher geht ein Verlust an Lebensqualität für die verbliebene Bevölkerung, da sich das Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungen weiter ausdünnert. Das führt zu einer politischen Polarisierung im Raum zwischen einer zunehmend demokratiekritischen Peripherie, und weiterhin liberalen Zentren. Um diese Spannung zu vermindern, bedarf es neuer Ansätze in der Regionalpolitik, die sich stärker darauf konzentrieren, Entwicklungsperspektiven für Regionen zu schaffen, die langfristig kaum noch als Produktionsstandort in Frage kommen.

Vor allem aber gilt es, Politikmaßnahmen zum Ausgleich ökonomischer Ungleichheiten für Bürger:innen erfahrbar und nachvollziehbar zu gestalten. Ziel ist es, das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit demokratischer und marktwirtschaftlicher Systeme zurückzugewinnen. Grundvoraussetzung bleibt die Wirksamkeit und Transparenz von Politikmaßnahmen. Deren Wirkungen müssen aber klarer und aktiver kommuniziert werden. Das ist nicht allein eine Herausforderung für politische und administrative Entscheidungsträger:innen. Auch die Wissenschaftskommunikation kann dazu beitragen, die Wirkungen wirtschaftspolitischer Interventionen für Wähler:innen (be-)greifbarer zu machen.

Werden die ökonomischen Antworten gehört?

Im Kern bleibt die Frage, warum gerade in den reichsten Ländern der Erde die Unterstützung populistischer Parteien und Kandidaten derart zugenommen hat. Man muss konstatieren, dass die effektiven Auswirkungen ökonomischer Ungleichheit auf das Befinden und die Befindlich-

keit vieler Bürger:innen unterschätzt wurden. Einerseits sind Menschen weniger mobil – sei es zwischen Berufen oder Regionen – als theoretisch vermutet. Andererseits wurde die emotionale Komponente bei der Bewertung ökonomischer Entwicklung als fair oder unfair zu wenig beachtet.

Gleichzeitig bleibt der Eindruck, dass viele Wähler:innen populistischer Parteien die ökonomische Faktenlage falsch einschätzen. Auch wenn aus subjektiver Perspektive nachvollziehbar Verlustängste bestehen, wirken diese, mit Blick auf die statistischen Daten, doch häufig übertrieben. Das ungute Gefühl wird verstärkt durch die Selbstverständlichkeit, mit der populistische Kampagnen Unwahrheiten und Fehlinformationen verbreiten. Es ist originäre Aufgabe der Wissenschaften, verlässliche Informationen bereitzustellen, die der Bevölkerung als Basis für ihre Entscheidungen dienen können. Gerade die Wirtschaftswissenschaften können dabei helfen, polarisierte Debatten zu versachlichen, indem sie die Faktenlage klar und verständlich darstellen.

Diese Aufgabe wird durch den Erfolg von Populisten erschwert, denen es gelungen ist, die Unterscheidung zwischen Meinung und Wissen in öffentlichen Debatten aufzuweichen. Der informative Mehrwert wissenschaftlicher Expertise wird gezielt in Zweifel gezogen. Eine ökonomische Antwort auf den Populismus sollte daher auch in einer Informationsoffensive bestehen, welche die Fehlbehauptungen populistischer Kampagnen in allgemein begreiflicher Weise widerlegt. Am Ende basieren demo-

kratische Systeme darauf, dass wohlfahrtssteigernde Politiken durch Wahlstimmen honoriert werden. Die Wirtschaftswissenschaften können noch aktiver dazu beitragen, die dafür benötigten Informationen nicht nur bereitzustellen, sondern auch verständlich zu kommunizieren.

Literatur

- Adam, A. & Ftergioti, S. (2025). Regional Unemployment, Welfare State and the Rise of Populism in European Union Regions. *Regional Studies*, 59(1).
- Autor, D., Dorn, D. & Hanson, G. (2013). The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States. *American Economic Review*, 103(6), 2121–2168.
- Autor, D., Dorn, D., Hanson, G. & Majlesi, K. (2020). Importing Political Polarization? The Electoral Consequences of Rising Trade Exposure. *American Economic Review*, 110(10), 3139–3183.
- CNN. (2024). *Election 2024: Exit Polls*.
- Dauth, W., Findeisen, S. & Suedekum, J. (2014). The Rise of the East and the Far East: German Labor Markets and Trade Integration. *Journal of the European Economic Association*, 12(6), 1643–1675.
- Dippel, C., Gold, R., Heblich, S. & Pinto, R. (2022). The Effect of Trade on Workers and Voters. *Economic Journal*, 132(641), 199–217.
- Fetzer, T. (2019). Did Austerity Cause Brexit? *American Economic Review*, 109(11), 3849–3886.
- Funke, M., Schularick, M. & Trebesch, C. (2023). Populist Leaders and the Economy. *American Economic Review*, 113(12), 3249–3288.
- Gold, R. & Lehr, J. (2024). Paying Off Populism: How Regional Policies Affect Voting Behavior. *Kiel Working Paper*, Nr. 2226.
- Guriev, S. & Papaioannou, E. (2022). The Political Economy of Populism. *Journal of Economic Literature*, 60(3), 753–832.
- Rodríguez-Pose, A., Terrero-Dávila, J. & Lee, N. (2023). Left-behind Versus Unequal Places: Interpersonal Inequality, Economic Decline and the Rise of Populism in the USA and Europe. *Journal of Economic Geography*, 23(5), 951–977.
- Rodrik, D. (2018). Populism and the Economics of Globalization. *Journal of International Business Policy*, 1(1), 12–33.
- Timbro. (2024). *Authoritarian Populism Index*.

Title: *Populism: A challenge for economics and economic policy*

Abstract: *To what extent can the growing popularity of populist parties be explained by economic causes? Important factors include perceived inequality and fears of social decline. From a subjective perspective, both the general and individual economic situation are often perceived as worse than objective indicators suggest. Populist parties amplify individual fears, emotionalise debates and question scientific research. Economic policy can counter these dynamics by mitigating the effects of structural change and strengthening development prospects for disadvantaged occupational groups and regions. Economics can contribute to de-polarizing political debates by clearly communicating the consequences of economic processes and policy measures, thereby helping to distinguish facts from opinion.*